

Antwort Wahlprüfstein compact e.V. zu CETA

Wird ihre Partei im Falle einer Regierungsbeteiligung dafür sorgen, dass Schleswig-Holstein dem vorliegenden CETA Abkommen bei der nationalen Ratifizierung im Bundesrat nicht zustimmt?

Ja, wir werden dafür sorgen, dass die Landesregierung CETA im Bundesrat nicht zustimmt – also CETA ablehnt oder sich enthält.

Wir GRÜNE sind gegen eine Handelspolitik, die einseitig die Interessen von großen Konzernen gegen Verbraucher*innenschutz, Umweltschutz, Kommunen und kleinen und mittleren Unternehmen und Arbeitnehmer*inneninteressen durchsetzen will. Wir unterstützen den öffentlichen, von vielen getragenen und organisierten Widerstand gegen diese Handelspolitik. Wir lehnen das CETA-Abkommen in seiner jetzigen Form ab. Durch diverse Auslegungs- und Zusatzklärungen konnten die grundlegenden Webfehler dieses Abkommens nicht beseitigt werden. Das Vorsorgeprinzip ist nach wie vor nicht gesichert. Es gibt keine Sicherheit bei den öffentlichen Dienstleistungen in öffentlicher Hand, da keine Positivliste existiert.

Der Privatisierungsdruck könnte steigen, eine Rekommunalisierung von in der Vergangenheit privatisierten Dienstleistungen erschwert werden. Trotz Verbesserungen gegenüber dem ursprünglich vorgesehenen System der privaten Schiedsgerichtsbarkeit (ISDS, Investor State Dispute Settlement) stellt auch das jetzt vorgesehene System ICS (Investment Court System) eine Sondergerichtsbarkeit dar, die international agierenden Konzernen Klageprivilegien verschafft und sie so begünstigt. Das schwächt nicht nur die Position kleiner und mittlerer Unternehmen, sondern auch die Position von Kommunen und Regionen.

Wir haben unsere ablehnende Haltung zu CETA sowohl in einen eindeutigen Parteitagsbeschluss als auch durch einen Fraktionsbeschluss dokumentiert. Wir beteiligen uns an der Volksinitiative gegen CETA. Die Landtagsfraktion hat dazu diverse eindeutige Presseerklärungen veröffentlicht und sich in Landtagsreden positioniert. Falls wir an einer Regierungskoalition beteiligt werden, kann es daher für CETA keine Zustimmung aus Schleswig-Holstein im Bundesrat geben.

Eine Ablehnung von CETA in seiner jetzigen Form hat nichts zu tun mit Protektionismus à la „Europe first“. Wir hegen kein Misstrauen gegenüber der Regierung Kanadas und treten ein für internationalen Handel und Handelsvereinbarungen, die den Handel fairer machen. Wir setzen uns ein für eine Welthandelsordnung, die die Wahrung der Menschenrechte, den Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen und eine nachhaltige Entwicklung in allen Regionen der Erde unterstützt und nicht untergräbt. Wir brauchen eine andere Handelspolitik der EU. Auch bisherige Abkommen der EU und Deutschlands, sowie weitere derzeit von der EU verhandelte Abkommen sollen diesen Kriterien genügen und darauf überprüft werden. Wir fordern eine Positivagenda zur Neubelebung der multilateralen Handelsprozesse, bei der aus dem Scheitern früherer Versuche im Rahmen der Welthandelsorganisation WTO entsprechende Schlüsse gezogen werden. Ungleichgewichte auf Kosten von Entwicklungsländern und das Fehlen ökologischer und sozialer Kriterien müssen dabei beseitigt werden.